



Kantonsrat

Sitzung vom: 30. November 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 440

Nr. 440**Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019; Bericht und Entwürfe von Kantonsratsbeschlüssen (B 18). Eintretensdebatte**

Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 wurde von der Planungs- und Finanzkommission (PFK) vorberaten. In deren Namen tritt Kommissionspräsident Marcel Omlin auf die Vorlage ein. Regierungsrat Marcel Schwerzmann habe am 13. und 16. November 2015 den AFP und den Voranschlag 2016 präsentiert. Er habe dabei auch Aussagen zur Hochrechnung 2015 gemacht. Regierung und Verwaltung würden davon ausgehen, dass mit einer zusätzlichen Belastung der Erfolgsrechnung von rund 5,5 Millionen Franken zu rechnen sei, dies gegenüber dem Voranschlag 2015. Im Besonderen sei in der Sitzung darauf verwiesen worden, dass auch die Stakeholder ihren Sparbeitrag zu leisten hätten; auch sie sollten Sparvorschläge bringen. Käme nichts dergleichen, so müsste in der PFK und im Rat darüber entschieden werden. Die Effizienz solle in allen Hauptaufgaben verbessert werden. Dies ginge aber nur, wenn alle miteinander am gleichen Strick in dieselbe Richtung ziehen würden. Das Modell Spezialkommission Leistungen und Strukturen II (KLS) sei gescheitert, dies müsse geändert werden. Nicht nur die Ausgabenseite müsse dabei in Betracht gezogen werden, es brauche generelle Ideen, und das heisse, dass sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite hingeschaut werden müsse. Die Realität und die Erfahrungen zeigten, dass man Vorgaben machen müsse und dass nicht einfach weiterhin zuwarten dürfe. Den Stakeholdern sollte aber ein klarer Auftrag zugewiesen werden, denn andernfalls laufe man Gefahr, dass sie sich nicht oder nur zu wenig bewegen würden. Dies auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Zeitplan sehr eng gesetzt sei. Eine Gesamtsicht, wie sie in der Motion von Ludwig Peyer gefordert werde, sei nicht so einfach aus dem Ärmel zu schütteln, denn sie brauche Reife und Zeit. Guter Wein brauche auch eine gewisse Lagerzeit, nur Gut Ding wolle Weile haben. Nur mit einer Änderung des Steuergesetzes zu operieren sei schwierig. Dabei sei auch festzuhalten, dass die Einnahmenseite nicht nur aus den Fiskalerträgen bestehe. Eine Etappierung in der Umsetzung der Massnahmen, auf beiden Seiten, sei nicht von der Hand zu weisen. Dies könne aber die Gefahr mit sich bringen, dass man zu zurückhaltend sei und dann könnte sich das Ganze zu einer nie endenden Geschichte entwickeln. Zahlen könnten leider nie abschliessend beurteilt werden. Gerade wenn man die Bereiche Gesundheit betrachte. Auch im Bereich der ausufernden Kosten im Bereich des Asylwesens sei man schlicht auf die Angaben und verlässlichen Zahlen des Bundes angewiesen. Als aussichtsreicher Zeitpunkt für die Motion stelle sich wohl der Sommer 2016 zur Verfügung, dann nämlich wenn die definitiven Zahlen des Jahresabschlusses 2015 und die Aussichten des Konsolidierungspaketes 2017 fortfolgend bekannt seien. Vor Schnellschüssen werde explizit gewarnt. Er erlaube sich ein Zitat eines FDP-Kommissionskollegen zu übernehmen: Eintreten, oder gemäss alt Bundeskanzler Helmut Schmidt sel., "Krisen können nur gemeinsam bewältigt werden". Alle Fraktionen seien sich unisono einig, dass der vorliegende AFP so leider nicht akzeptiert werden könne. Die sich aufzeichnenden Finanzierungslücken seien augenscheinlich und nicht von der Hand zu weisen. Die Kommissionsmitglieder verlangten, dass eine Opfersymmetrie innerhalb der Departemente gelebt und aufgezeigt werde. Die vorgängig erhaltene Übergangsliste werde von der Kommission geschätzt und als wichtiges Dokument geschätzt. Trotz den Bemühungen der Regierung und Verwaltung könne ein Kostenwachstum von 2,2 Prozent bei einer Negativsteuerung von -1,4 Prozent nicht als wirklich nachhaltig bezeichnet werden. Einzelne Vertreter hätten die doch zum Teil mageren Bemühungen einzelner Dienststellen und Departemente sehr bemängelt. Ferner sei darauf hinge-

wiesen worden, dass sich der Steuerertrag sowohl der Privaten als auch der juristischen Personen nachhaltig positiv entwickelt habe und auch weiter entwickeln werde. Der Kanton Luzern habe aufgrund seiner Strategie gute Vorarbeiten zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III gelegt. Die diversen laufenden Initiativen im Bereich der Steuern der juristischen Personen gebe zu Diskussionen Anlass; hie wie drüben würden die Argumente stipuliert. Analysiere man die Detailzahlen, brächte die Erhöhung um einen Steuerzwanzigstel nur rund 32 Millionen Franken. Dem Kanton Luzern fehle mehr. Man wäre nach wie vor weit weg von einer nachhaltigen Steuer- und Finanzpolitik. Auch die Verlässlichkeit des Kantons Luzern als Partner für Firmen und Private würde darunter leiden. Die Schuldenbremse, dies sei von einer Mehrheit bekräftigt worden, sei zwingend einzuhalten; eine Abkehr in die alten Zeiten gelte es unbedingt zu vermeiden. Ein weiterer Hinweis komme aus der Reihe der Kommission, wonach sich das Ausgabenwachstum einer Mehrheit der Kantone in den letzten 4 Jahren um zirka 9,7 Prozent gesteigert habe, aber Luzern sich nur rund 8,1 Prozent an Mehrausgaben geleistet habe. Auch das sei fatal. Gerade auch im Bereich des Unterhalts der kantonalen Liegenschaften bestünde ein erheblicher Nachholbedarf, welchen es endlich abzubauen gelte. Bemängelt werde ferner, dass nur über Zahlen und nicht über die Aufgaben des Staates und deren Grundlagen diskutiert würde. Dies lähme den Prozess doch erheblich. Im Weiteren werde bemängelt, dass ein grosser Widerspruch zwischen dem Anspruch und der finanziellen Situation bestehe. Jahr für Jahr gebe es laufende neue Sparpakete mit jeweils interessanten "Benamungen" welche aber nur auf Abbau herausliefen. Festgehalten werde, dass der AFP wohl gesetzeskonform, aber nicht Schuldenbremskonform sei. Auch ein Radikalschnitt mit generellen Kürzungen beim Personalaufwand um 5 Prozent über die ganze Verwaltung werde nicht als nachhaltige sinnvolle Massnahme betrachtet. Die PFK sei sich bewusst, dass der vorliegende AFP kein Werk von Bestand sein könne. Daher habe die PFK eine diesbezügliche Kommissionsmotion eingereicht, welche sowohl dem Past als auch dem Future dienen solle und von der Regierung im Sommer dem Rat vorgelegt werde könne. Die PFK sei klar der Auffassung, dass der Kanton Luzern endlich einmal verbindliche Zahlen über die finanziellen Aussichten der nächsten Periode erhalten solle, mit dem vorliegenden Werk sei dies allerdings nicht möglich. Seitens der Regierung werde festgehalten, dass seitens der Legislative klare Bemerkungen zum AFP gemacht werden müssten, wohin die Reise den nun gehen solle. Die PFK habe einstimmig beschlossen, auf den AFP einzutreten, lehne ihn aber in dieser Form genauso einstimmig ab. Die Kommissionsmotion zu diesem Thema solle den Luzernerinnen und Luzernern und dem Parlament mehr Planungssicherheit bringen. Die PFK beantrage dem Rat, die Motion in diesem Sinne zu überweisen. Er komme zur Detailberatung der Departemente, Gerichte und der Staatskanzlei, denen er hier coram publico für ihr Erscheinen und ihre Präsentationen danken möchte. Der PFK seien von der Staatskanzlei die wichtigsten Eckpfeiler und Herausforderungen erläutert worden. Bau-, Umwelt und Wirtschaftsdepartement: Hier sei man hauptsächlich auf Durchgangsbahnhof und der Bypass mit der Spange Nord eingegangen. Diese gehörten zu den grössten Herausforderungen, welchen es in der jetzigen Legislatur ein vermehrtes Augenmerk geschenkt werden müsse, denn jetzt würden die Würfel fallen. Ferner würden im Baugesetz und dem Richtplan grosse Entscheidungen auf Stufe Gemeinden zu fällen sein und im Energie- und Umweltbereich gelte es, die notwendigen Schritte einzuleiten. Beim AFP verweise das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement darauf, dass aus seinen Reihen kein Kostenwachstum entstehe, dies obwohl sehr viele Mehrleistungen hätten erbracht werden müssen und auch noch erbracht werden müssten. Gerade im Bereich der Energie sei ein grosser Effort zu leisten, dies um auch allen Anspruchsgruppen Genüge leisten zu können. In der Detailberatung seien diverse Fragen zur Thematik Landwirtschaftliche Kreditkasse, Projekte regionale Entwicklung (PRE) und der generellen Landwirtschaft intensiv diskutiert und beraten worden. Feststellungen aus den Fachkommissionen seien als Feststellung zur Kenntnis genommen worden, eine aktive Rolle seitens der PFK sei allerdings nicht notwendig. Ferner sei darauf hingewiesen worden, dass gerade im Bereich Zentras keine grossen Sparmassnahmen vorgenommen werden könnten, da hierbei mit dem neuen NFA durch den Bund die Parameter klar festgelegt worden seien. Kantonsgerichte: Die Kantonsgerichte hätten der PFK bereits an einer ausserordentlichen Sitzung im Oktober, vertreten durch den Kantonsgerichtspräsidenten Marius Wiegand und seinen Stellvertreter, aufgezeigt, wo ihre Herausforderungen liegen würden. Die PFK habe das zur Kenntnis genommen, leider aber keine Möglichkeit gesehen, den Wünschen der Kantonsgerichte nachzukommen. Er danke für das Verständnis. Justiz- und Sicherheitsdepartement: Beim Justiz-

und Sicherheitsdepartement sei primär der Abbau der polizeilichen Leistungen diskutiert worden. Regierungsrat Paul Winiker und der Kommandant der Luzerner Polizei, Adi Achermann, hätten der Kommission ihre Herleitung klar aufgezeigt. Jederzeit werde lagegerecht entschieden, was wo und wann vorgenommen werden müsse, dies um die Sicherheit der Luzernerin und des Luzerners zu gewährleisten. Die Bewachung des Kantonsrates und der Kantonsgerichte sei je nach Lage sichergestellt. Auch die Variante eines privaten Sicherheitsdienstes sei geprüft worden. Ein weiterer Diskussionspunkt seien die Kosten für den Strafvollzug gewesen. Hier sei die Bemerkung eingereicht worden, dass eine Auslagerung, eine Privatisierung wie in United Kingdom of Great Britain ins Auge gefasst werden müsse. Hier habe die Regierung ihre Offenheit bekundet, aber auch darauf hingewiesen, dass die psychiatrische Betreuung von Gefangenen sehr aufwändig sei und nicht einfach aus der Hand gegeben werden könne. Schliesslich sei auch die Aufhebung des Fundbüros ein Thema gewesen, welches der Kommission anhand von Zahlen und neuen elektronischen Möglichkeiten erläutert worden sei. Schliesslich habe der Polizeikommandant über die Organisationsentwicklung der Luzerner Polizei informiert, was aus Sicht der PFK sehr positiv zur Kenntnis genommen worden sei. Bildungs- und Kulturdepartement: Hier sei aufgrund der vielen Anträge sehr viel diskutiert worden. Die PFK habe bewusst hinterfragt, ob alle Massnahmen und Anträge richtig und entsprechend kommuniziert worden seien. Es sei feststellbar, dass einige Informationen bereits an gewisse Kreise gelangt seien, bevor die Kommission habe informieren können. Die meisten Anträge seien mit einem sehr knappen Ergebnis überwiesen worden. Da in der Detailberatung sicher ausführlich darüber diskutiert werde, gehe er hier nicht auf diese Anträge ein. Der Kostenteiler der Volksschulbildung sei zur Diskussion gestanden, die PFK habe einen Planungsbericht der Regierung dazu erhalten. Die Regierung habe entgegnet, dass dies schon lange gelaufen sei. Ein Gegenvorschlag, dass der Systemwechsel generell überprüft werden solle, finde genauso wenig Interesse, wie die Bemerkung, dass diese Modalität im Konsolidierungsprogramm 2017 überprüft werden solle. Seitens der Kommission werde darauf hingewiesen, dass sich die Regierung hier viel herausnehme, denn der VLG sei wohl bewusst nicht eingeladen worden. Bei den Stabsleistungen seien alle sachlich sinnvollen Massnahmen im Rahmen der Überarbeitung des AFP überprüft und dem Parlament präsentiert worden. Es hätte Aussagen gegeben, wonach eine Liste existiere, mit Massnahmen, die nicht umgesetzt werden könnten. Gemäss Regierung existiere keine solche Liste. Gesundheits- und Sozialdepartement: Im Vergleich zum Budget 2015 habe das Gesundheits- und Sozialdepartement im Budget 2016 einen Mehraufwand von knapp 45 Millionen Franken. Insbesondere die Spitalfinanzierung, die aufgrund des KVG geleistet werden müsse, falle deutlich höher aus. Innerhalb des Gesundheits- und Sozialdepartementes habe ein intensiver Sparprozess stattgefunden. Es seien beispielsweise im Bereich Prämienverbilligung und im Bereich Personalaufwand einschneidende Massnahmen ergriffen worden. Grosse Positionen wie Ergänzungsleistungen zeigten rückläufige Wachstumsraten. Das Gesundheits- und Sozialdepartement habe einen grossen Beitrag zu den Sparbemühungen geleistet. Insgesamt habe das Gesundheits- und Sozialdepartement nun 403,7 Stellen. Trotz Einsparungen im Personalwesen in diversen Dienststellen sei dies eine Steigerung, die auf die Integration des Asylwesens zurückzuführen sei. Das Luzerner Gesundheits- und Sozialwesen sei im Vergleich mit der Ostschweiz oder Basel-Land und Basel-Stadt günstiger, wie die PFK mit Freude festgestellt habe. Für das Spital Wolhusen würden 3,2 Millionen Franken gemeinwirtschaftliche Leistungen geleistet. Die PFK habe über eine allfällige Kürzung dieser Leistungen länger diskutiert. Dieses Geld werde investiert, damit auch die Luzerner Landschaft über eine Gesundheitsversorgung verfüge. In Wolhusen würde ohne eine Grundversorgung durch das Spital auch das Hausärztenetzwerk komplett zusammenfallen. Auch bei einem Zentrumsspital gebe es gewisse Departemente, die nicht rentabel seien, trotzdem würden diese nicht geschlossen. Die Regierung sei bereit, diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu leisten, das Spital Wolhusen verhandle aber noch über diese 3,2 Millionen Franken. Finanzdepartement: Regierungsrat Marcel Schwerzmann habe sehr ausführlich über das Finanzdepartement berichtet. Es sei lange darüber diskutiert worden, welchen Niederschlag die Unternehmenssteuerreform III auf den Kanton Luzern haben könnte. Damit zu rechnen sei 2019. Die Auswirkungen in der Verhandlung mit der SNB über die Ausschüttung der Gelder werde im 2016 getätigt. Auch die Prognosen der BAK Basel Studie seien erneut diskutiert worden. Diese Studie hätte auch Auswirkungen auf unsere kantonale Hochrechnung, könne aber nicht öffentlich gemacht werden. Kritisch hinterfragt worden seien auch die Investitionen in die Informatik; hier habe die Regierung festgehalten, dass die effizien-

enzsteigernden Projekte fokussiert werden müssten, dies erfolge anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017, mit dem Hinweis, dass das Bildungs- und Kulturdepartement der grösste Kunde der DIIN sei. Er erlaube sich eine Schlussbemerkung: Die PFK lege ein gesetzeskonformes Budget vor, mit einer Mittelflussrechnung von 80 Prozent. Jede Verschlechterung durch den Rat gefährde das Budget und damit den Kanton Luzern. Er bitte deshalb, dem Budget, so wie es vorliege, zuzustimmen.

Im Namen der CVP-Fraktion tritt Yvonne Hunkeler auf die Vorlage ein. Die CVP-Fraktion nehme mit grosser Besorgnis vom Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019 Kenntnis. Der Regierungsrat präsentiere einen bei Weitem nicht ausgeglichenen AFP, es fehlten ab 2017 bis 2019 je 110 Millionen Franken pro Jahr. Der Aufgaben- und Finanzplan zeige, dass die kommenden finanzpolitischen Herausforderungen sehr gross seien. Das Bevölkerungswachstum erfordere mehr staatliche Leistungen. Die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich reichten seit Jahren nicht mehr, um beispielsweise die auf dem Bundesgesetz basierenden Kosten im Gesundheitswesen zu tragen. Aus den Jahren 2011 bis 2016 habe man pro Jahr den Betrag von rund 10 Millionen Franken an Mehreinnahmen aus Fiskalertrag und Finanzausgleich zur Verfügung gehabt. Diese Einnahmen seien im Total sanft, aber stetig gestiegen. In derselben Zeit seien die Ausgaben im Gesundheitswesen, in wesentlichen Teilen basierend auf der neuen Spitalfinanzierung, um 11 Millionen Franken pro Jahr gestiegen. Diese Kosten seien gebunden, das heisse basierend auf Bundesgesetz. In den nächsten 4 Jahren stiegen unsere Ausgaben in der Volksschulbildung aufgrund der Schülerzahlen um 11,4 Millionen Franken, wenn man hypothetisch die Kosten pro Schüler auf dem Niveau von 2016 einfriere. Steigende Kosten infolge höherer Schüler- und Studierendenzahlen oder der grösseren Anzahl von Menschen mit Behinderung könnten also nicht mit Einnahmen aus Steuern oder dem Finanzausgleich finanziert werden. Sie müssten bei den anderen Leistungen weggespart werden. Da frage die CVP, ob die Steuereinnahmen und der Finanzausgleich im Sinn des Kantons wirkten. Wann würden die Zusammenhänge zwischen nationalem Finanzausgleich und Steuerertrag endlich evaluiert? Die Steuerprognosen würden seit Jahren mit jedem AFP nach unten korrigiert. Aussagen, der Kanton hätte ausschliesslich ein Ausgabenproblem, seien demzufolge falsch und nicht analysiert. Die CVP fordere daher mit Nachdruck endlich eine aussagekräftige Finanzstrategie. Die CVP-Fraktion störe es, wie unverbindlich die Regierung mit dem Thema Steuergesetzesrevision umgehe. Man höre zwar, es werde an der eingeschlagenen Steuerstrategie festgehalten. Gleichzeitig lese man im AFP mehrmals, dass der Regierungsrat bereit sei Zitat "im Konsolidierungsprogramm 2017 wiederum bereit sei, in einer Steuergesetzesrevision gezielte Korrekturen zu prüfen und vorzunehmen". Dann höre man, eine Steuergesetzesrevision komme erst mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III in Frage. Was gelte nun? Wisse die Regierung, was sie wolle? Wann nehme sie zu diesem Thema die Zügel in die Hand? Es fehle jede finanzpolitische Strategie. Inzwischen höre man sogar vom Gewerbeverband, eine solche Reform sei schnell anzupacken und es sei nicht bis zur Unternehmenssteuerreform III des Bundes zu warten. Die bisherigen Steuermassnahmen, welche im Rahmen von Leistungen und Strukturen II präsentiert worden seien, oder der eigenartige Gegenvorschlag zur Steuerinitiative der Linken, verunsichere sowohl die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmungen und das Gewerbe. Man brauche Sicherheit und Verlässlichkeit, respektive einen Kanton als Partner, auf den Verlass sei. Die CVP habe dazu bereits vor einem Jahr einen Vorstoss mit der Forderung nach einer umgehenden Steuergesetzesrevision eingereicht. Dieser sei in der Junisession dieses Jahres überwiesen worden. Nun gelte es umgehend, die Umsetzung an die Hand zu nehmen. Zur Lösung all dieser Probleme werde ein Konsolidierungsprogramm 2017 versprochen und angekündigt. Noch wisse man nichts über dieses Projekt. Den AFP werde man aufgrund der hohen, nicht gedeckten Finanzierungslücken nicht genehmigen können. Die CVP fordere, dass der AFP 2016–2019 mit realistischen und verlässlichen Angaben bis spätestens Ende Juni zusammen mit dem Konsolidierungsprogramm 2017 vorliege. Das Konsolidierungsprogramm 2017 müsse eine Gesamtschau über die Einnahmen, Ausgaben und die Schuldenbremse enthalten. Die CVP anerkenne die Notwendigkeit, das in verschiedenen Bereichen stattfindende Kostenwachstum zu bremsen und steuernd einzugreifen. Im Sommer dieses Jahres sei - während der normalen Budgetphase - getrieben von grosser Hektik ein Sammelsurium von Sparmassnahmen in den Departementen zusammengetragen worden. Nach wie vor sei die CVP über die Tatsache verärgert, dass der Kanton Luzern von einem Tag auf den andern in eine solch schwierige finanzielle Situation habe hineinschlittern

können. Man staune nun, wie andere Parteien medial das Budget durchtragen würden, gleichzeitig aber Hinweise auf nicht mitzutragende Massnahmen bei der Polizei oder der Fachklasse Grafik machten. Dies zeige den Unmut, den letztlich auch alle bürgerlichen Parteien mit dem vorliegenden Budget hätten. Trotzdem wolle die CVP keine Schnellschüsse als Sparmassnahmen akzeptieren. Kurzfristig brauche der Kanton Luzern ein Budget für das nächste Jahr. Dieses solle nach Ansicht der CVP gesetzeskonform sein, also mit der Schuldenbremse übereinstimmen. Dabei setze die CVP aber Akzente bei den Familien und dem Mittelstand, bei der Bildung und bei der Sicherheit. Als bürgerliche Partei wolle die CVP, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger sicher fühlten. Die von der Regierung vorgeschlagene Kürzung bei der Polizei lehne die CVP deshalb ab. Die CVP wolle keinen fahrlässigen Abbau bei der Sicherheit und wehre sich somit gegen die Reduktion der Patrouillendichte mit dem damit verbundenen Stellenabbau und den Verzicht auf die Bewachung des Kantonsrats sowie der Gerichte. Solche Massnahmen seien in der heutigen Zeit nach Ansicht der CVP-Fraktion verantwortungslos. Die Prüfung einer Privatisierung von Strafanstalten lehne die CVP ebenfalls klar ab. Familien sollten durch die Erhöhung der Musikschulbeiträge mehr belastet werden. Auch die Erhöhung von Elternbeiträgen in der postobligatorischen Zeit und die höheren Gebühren bei der Berufs- und Weiterbildung gingen zu Lasten der Familien. Die von der Regierung vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen im Bildungsbereich unterstütze die CVP nicht. Diese Sparmassnahmen, welche mittels Gebührenerhöhungen zusätzliche Kosten für Familien und Mittelstand verursachten, lehne die CVP ab. Die CVP verurteile diverse von der Regierung vorgeschlagene Schnellschüsse im Bereich der Bildung, die zu einem Abbau der Qualität des Bildungsangebots im Kanton führten. Sie stelle dazu entsprechende Streichungsanträge. Ebenso wolle die CVP die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen an den kantonalen Schulen nicht als Schnellschüsse im Budget 2016 umgesetzt haben. Man sei der Meinung, dass diese Massnahmen ganzheitlich - bei der Lektionenverpflichtung beispielsweise unter Berücksichtigung eines kantonalen Benchmarks und mit Einbezug der Volksschulen - im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes 2017 geprüft, verglichen und beurteilt werden sollten. Der Schliessung der Fachklasse Grafik stimme die CVP nicht zu, weil auch dies ein unüberlegter Schnellschuss sei. Man erwarte in Übereinstimmung mit der Planungs- und Finanzkommission, dass in den kommenden Jahren eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Grafikbranche angestrebt werde und dass die Branche die notwendige Zeit für strukturelle Anpassungen erhalte und entsprechende Lehrangebote geschaffen werden könnten. Im Sinne einer Opfersymmetrie fordere die CVP, dass alle Departemente ausgewogen zur Haushaltsanierung beitragen. Die Budgets des Gesundheits- und Sozialdepartementes und des Bildungsdepartementes beinhalteten Reduktionen bei den Personalkosten im Umfang von 5 Prozent. Die CVP erwarte, dass alle Departemente und die Staatskanzlei diese Sparbeiträge erbringen würden (ohne Gerichte, Staatsanwaltschaft und Polizei). Im Budget 2016 sei der CVP-Fraktion eine möglichst hohe Fairness und Ausgewogenheit wichtig. Mit den vorgeschlagenen Änderungsanträgen der CVP sei es möglich, ein gesetzeskonformes Budget zu verabschieden. Man sei zudem der Meinung, dass es in der schwierigen finanziellen Situation des Kantons nicht vertretbar sei, ein Verwaltungsgebäude für 150 Millionen Franken zu realisieren. Gleichzeitig müssten an allen Ecken und Enden Leistungen hinterfragt werden. Dieses Projekt sei zum heutigen Zeitpunkt politisch vermessen. Bei einer Volksabstimmung würde dieses Vorhaben keine Chance haben. Deshalb beantrage die CVP zum einen, dessen Planung zu sistieren, bis die Finanzen stabilisiert seien und zum andern solle die Immobilienstrategie des Kantons über Nutzen und Zweck der Immobilie in einer Gesamtschau verbindliche Aussagen machen. Die CVP-Fraktion setze sich dafür ein, dass der Kanton Luzern im kommenden Jahr ein Budget habe. Für Massnahmen die im Budget 2016 gestrichen würden, seien sie bereit, entsprechende Kompensationen zu unterstützen. Diese müssten aber eine höhere Ausgewogenheit und Fairness beinhalten. Sollten die Anträge der CVP keine Mehrheit finden, behalte sie sich je nach Ausgang der Diskussion vor, das Budget 2016 abzulehnen. Sie fasse zusammen: Die CVP verlange keine Belastungen für Familien und den Mittelstand, aber Sicherheit für die Bevölkerung im Kanton Luzern sowie Fairness und Ausgewogenheit bei den Sparmassnahmen in den Departementen.

Im Namen der SVP-Fraktion tritt Marcel Zimmermann auf die Vorlage ein. Das Budget und der AFP seien eine Herausforderung. Die SVP danke für die ausführlichen Unterlagen, insbesondere für die Überleitungsliste mit Bemerkungen. Es handle sich um ein effizientes Arbeitspapier, welches dem Kantonsrat die Arbeit deutlich erleichtere. Nach dem starken Rück-

gang der NFA-Zahlungen sei es schwierig, ein Budget zu erarbeiten, das die gesetzlichen Vorgaben einhalte. Man anerkenne die Arbeit der Regierung und sei zahlenmässig zufrieden, was das Budget betreffe. Das überproportionale Wachstum der letzten Jahre hole uns auch bei diesem Budget wieder ein. Die SVP stelle aber fest, dass es sich in den letzten Jahren gebessert habe und das Ausgabenwachstum gebremst worden sei. Von einem Sparpaket könne aber bei einer Ausgabensteigerung von rund 2,2 Prozent keine Rede sein. Was die einzelnen beschlossenen Massnahmen gemäss Liste betreffe, seien sie nur teilweise zufrieden. Sie fragten sich, ob die Prioritäten richtig gesetzt worden seien. Sie hätten sich gefreut, wenn sich vor allem das Bildungs- und Kulturdepartement etwas mehr Mühe gegeben hätte beim Zusammentragen von Massnahmen. Im Rahmen einer Gesamtbetrachtung seien sie aber bereit, das geschnürte Gesamtpaket mitzutragen. Der Kantonsrat könne nicht das ganze Werk der Regierung in Frage stellen, ohne genügend Alternativen zum Sparen aufzuzeigen. Er äussere sich zu einzelnen umstrittenen Massnahmen. Zur Polizei: Die SVP stehe ein für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Polizei stehe in der Verantwortung, diese Sicherheit zu gewährleisten. Wenn man aber sparen müsse, dann müsse man überall ansetzen. Die SVP erwarte, dass der Sparauftrag lagegerecht umgesetzt werde und dass, falls notwendig, die Ressourcen richtig verteilt würden (Verkehrskontrollen versus Kriminalitätsbekämpfung). Zur Fachklasse Grafik: Eine Mehrheit der SVP-Fraktion erachte die Schliessung der Fachklasse Grafik für vertretbar. Es liege an der Brache, dafür zu sorgen, dass genügend Lehrstellen geschaffen würden. Dass es zurzeit zu wenig Lehrstellen gebe, sei kein Argument für die Erhaltung. Es sei nicht anders als logisch, dass solange ein staatliches Angebot existiere, die Betriebe lieber auf ausgebildete Kräfte setzten, statt diese selber auszubilden. Die Grafikbranche sei gefordert, in den nächsten Jahren ein Lehrstellenangebot zu schaffen. Zur Bildung: Die Sparmassnahmen seien teilweise Schnellschüsse. Die Massnahmen seien vom Bildungs- und Kulturdirektor zu verantworten. Man finde es mehr als fraglich, wenn die CVP jetzt fast alle von ihrem Regierungsrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen kippen und auf andere Departemente, welche die Hausaufgaben gemacht hätten, verteilen möchte. Weiter finde es die SVP nicht sauber, wenn der Bildungsdirektor öffentlich die mehrfach vom Volk bestätigte und vom Kantonsrat getragene Steuerstrategie in Frage stelle. Was heisse sparen? Sparen sei nicht gleich Sparen, die Regierung verstehe unter Sparen, dass die geplante zu hohe Entwicklung der Ausgaben gedrosselt werde. Die SVP verstehe unter sparen, dass weniger als im Vorjahr ausgegeben werde. Die Regierung mache es sich mit der Kommunikation selber schwer. Fast könnte man meinen, dass diese Kommunikation bewusst verwendet worden sei, damit nicht gespart werden müsse. Zu den Demos: Wie bei jedem Budget in den letzten Jahren habe man auch heute wieder eine Demo vor dem Regierungsgebäude erlebt. Selbstverständlich anerkenne die SVP das Recht auf Meinungsäusserung, demonstrieren solle erlaubt sein. Wenn aber die Berichte stimmten, wonach die Schüler von den Lehrern zur Demo verpflichtet worden seien, würden diese Demonstrationen in einem ganz anderen Licht erscheinen. Offenbar sei es dann so, dass die Lehrer die Schüler für ihre Zwecke instrumentalisierten. Sollten Schüler, die nicht an der Demo teilgenommen hätten, Nachteile haben, so wäre dies absolut daneben. Zu den Steuereinnahmen: Bei den Einnahmen sehe man eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die Steuereinnahmen, vor allem bei den natürlichen Personen, steigerten sich deutlich: 2012: 745 Millionen Franken, 2013: 784 Millionen Franken, 2014: 837 Millionen Franken sowie 2015: 863 Millionen Franken. Für das Jahr 2016 seien 897 Millionen Franken eingeplant. Dies zeige, dass die eingeschlagene Strategie richtig sei und vor allem nachhaltig. Luzern habe bereits heute tiefe Unternehmenssteuern und werde mit der Unternehmenssteuerreform III nicht so hart getroffen werden wie andere Kantone. Zudem könnten wir uns sogar deutliche Mehreinnahmen erhoffen, wenn der Bund die Abgeltung wie vorgesehen erhöhe, denn die Bundessteuerabgeltung werde immer wichtiger. Zum AFP: Der AFP müsse abspecken. Beim Konsolidierungsprogramm gehe es nicht um ein Sparpaket im eigentlichen Sinne. Der Kanton Luzern müsse in den Jahren 2017 und 2018 einfach seine Ausgaben einfrieren, um das Loch zu flicken. Um eine nachhaltige Lösung der Probleme zu erwirken, brauche es aber wirksame Massnahmen. Strukturelle Massnahmen seien unumgänglich. Die SVP sei bereit, im Rahmen des Pakets 2017–2019 auch unpopuläre Massnahmen zu diskutieren und diese auch mitzutragen. Das Budget erachte die SVP für akzeptabel. Den AFP könne sie in der vorliegenden Form nicht gutheissen. Eine Überarbeitung per Mitte Jahr unterstütze die SVP nicht, da diese gemäss den verantwortlichen Personen im Finanzdepartement fast unmöglich erscheine. Weiter fände sie es auch eine Ressourcenverschwendung. Man erachte die Kommissionsmotion

der PFK für den richtigen Weg. Damit könne das Parlament konkret auf den Budgetprozess 2017 Einfluss nehmen. Mit der Erarbeitung müssten Varianten für nachhaltige Sparmassnahmen geprüft werden. Mit Bemerkungen zum AFP habe die SVP Vorschläge gemacht, um die Kantonsfinanzen ins Lot zu bringen. Es liege jetzt an der Regierung, diese Bemerkungen zu prüfen und mit weiteren eigenen Ideen das Loch zu stopfen. Die SVP könne mit dem Budget in der vorliegenden Form leben. Dies aber nur, wenn sich keine Verschlechterungen ergäben. Sollten Mehrausgaben vom Parlament beschlossen werden, seien diese ohne Kompromiss zu kompensieren. Ein nicht gesetzeskonformes Budget komme für die SVP nicht in Frage. Die SVP-Fraktion trete auf die Botschaft B18 ein und werde am Schluss der Beratung entscheiden, ob sie das Budget gutheisse.

Im Namen der FDP-Fraktion tritt Damian Hunkeler auf die Vorlage ein. Einmal mehr müsse der Rat in der Dezember-Session über ein Budget debattieren, das nur dank grössten Anstrengungen gesetzeskonform sei. Trotz diverser Eindämmungsprogramme wie zuletzt Leistungen und Strukturen II, seien die Ausgaben massiv gestiegen und lägen weit über den Einnahmen. Die Einnahmenseite sei unverschuldet durch den grossen Ausfall beim NFA geschwächt worden. Und trotzdem sei es ihre Pflicht, ein gesetzes- und schuldenbremskonformes Budget zu verabschieden. Das konsequente Schützen der eigenen Anspruchsgruppen seitens der CVP und die konstante Verweigerung der Linken, an einem gesetzeskonformen Budget mitzuarbeiten, bringe unseren Kanton ganz sicher nicht vorwärts. Jetzt gelte es, politische Verantwortung wahrzunehmen. Selbstverständlich habe es bei den Ausgabenreduktionsmassnahmen der Regierung Posten, die auch die FDP lieber nicht reduzieren würden aber über alles gesehen sei das im Budget vorgesehene Massnahmenpaket erträglich. Die verantwortlichen Regierungsräte hätten auch glaubhaft darlegen können, dass die einzelnen Massnahmen möglich seien, ohne die Funktions- oder Leistungsfähigkeit der jeweiligen Bereiche übermässig zu gefährden. Der Regierungsrat und das Parlament müssten den Mut haben, gemeinsam nicht mehr zeitgemässe Strukturen abzubauen. Man müsste sich aber von der Vollkasko-Mentalität lösen, der Rat und die Angestellten müssten die individuellen Ansprüche an den Staat reduzieren und zurück zu mehr Eigenverantwortung kommen. Nur so mache man unseren Kanton fit, damit man die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen könne. Mit einer Ausnahme trage die FDP die von der Regierung vorgeschlagenen Ausgabenreduktionen. Die Ausnahme bilde die Fachklasse Grafik. Sie sei zwar klar der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Kantons sei, die Ausbildung des Grafikernachwuchses zu bezahlen. Würde aber hier und heute die Schliessung der Klasse beschlossen werden, wäre es das endgültige Aus der Schule. Das wolle die FDP nicht, verlange aber, dass im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes 2017 eine andere Trägerschaft für die Schule gefunden werden müsse. Linke und CVP spielten, so wie man im Vorfeld lesen konnte, mit dem Feuer und gefährdeten die Verabschiedung eines gültigen Budgets. Was sei das Ziel dabei? Eine Steuerfusserhöhung? Glaube hier im Rat wirklich jemand, dass dadurch im Frühling ein Budget mit gescheiterten Kostenreduktionsmassnahmen vorliege? Es sei bemängelt worden, dass viele Massnahmen ein Hüftschuss seien. Ihrer Meinung nach sei der Vorschlag der CVP, 5 Prozent der Personalkosten beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, beim Justiz- und Sicherheitsdepartement und beim Finanzdepartement einzusparen ebenso ein Hüftschuss und zwar einer, der ins Knie gehe. Man sei sich im Vorfeld einig gewesen, dass jede Massnahme, die aus dem Budget herausgebrochen werde, kompensiert werden müsse. Die Kompensation müsse aber mehrheitsfähig sein, sonst bringe sie nichts. Wenn man also am Schluss der Session ohne gesetzeskonformes Budget hinausgehe, erweise man unseren Bürgern einen Bärenienst. Der Staat werde gelähmt, Investitionen und Projekte könnten nicht gestartet werden, Bürger und Unternehmer wären die Geprellten. Das wolle die FDP nicht verantworten. Vor allem aber seien sie der Meinung, dass die Regierung sich voll auf das Konsolidierungsprogramm 2017 konzentrieren müsse, denn die finanziellen Herausforderungen, die in den nächsten drei Jahren auf uns warteten, seien enorm. Hinter dem Konsolidierungsprogramm 2017 steckten sehr hohe Erwartungen an die Regierung. Ein Massnahmenpaket, wie es hier vorliege, reiche bei weitem nicht aus, es brauche tiefgreifende Reformen mit langfristigem Kostenreduktionspotential und nicht weitere Notnägeln wie die Kürzung einer Schulwoche, eine Massnahme, welche die Bevölkerung nicht verstehe. Der Kanton müsse wieder mit einer verlässlichen Mittelfristplanung aufwarten, einem AFP der genehmigt und einigermaßen eingehalten werden könne. Nur so schaffe man für alle Anspruchsgruppen eine vernünftige und durchaus notwendige Planungssicherheit. Blockiere

man also jetzt die Regierung mit dem Budget 2016, so komme das Konsolidierungsprogramm 2017 nie rechtzeitig auf die Spur und in einem Jahr seien wir wieder gleich weit wie heute. Aus diesem Grund werde die FDP alles daran setzen, ein gesetzeskonformes Budget durchzubringen, nur so könnten wir uns auf die Zukunft fokussieren. Allerdings hätten auch sie eine Schmerzgrenze, was unsinnige Kompensationsvorschläge anbetreffe. Die FDP trete auf die Botschaft B 18 ein, den AFP lehne sie ab, weil die darin enthaltenen Zahlen nicht Schuldenbremskonform seien. Eine Überarbeitung bis Mitte nächstes Jahr erachte die FDP als vollkommen sinnlos.

Im Namen der SP-Fraktion tritt Beat Züsli auf die Vorlage ein. Gehe es dem Kanton Luzern finanziell schlecht? Ob das eine dumme Frage sei? Nein gar nicht, wenn man davon ausgehe, dass es einem Kanton finanziell dann schlecht gehe, wenn er hoch verschuldet sei und laufend stark negative Abschlüsse präsentieren müsse. Beides sei beim Kanton Luzern nicht der Fall. Die Verschuldung sei auf einem absolut tiefen Niveau, die Nettoschuld liege bei 1000 Franken pro Einwohnerin, die damit verbundene Zinslast sei praktisch unbedeutend. Die Abschlüsse der letzten Jahre seien zwar nicht blendend aber mit einem Ertragsüberschuss von knapp 13 Millionen Franken im letzten Jahr gut. Gehe es dem Kanton Luzern finanziell schlecht? Ja, natürlich gehe es dem Kanton Luzern finanziell schlecht. Seit nun fast zehn Jahren werde nach jeder Steuersenkung ein Sparprogramm geschnürt. Sei es am Anfang noch darum gegangen, Effizienzgewinne zu erzielen, gehe es nun einzig noch darum, den Abbau von ganz konkreten Leistungen für die Bevölkerung zu vollziehen. Nehme man das noch bevorstehende Abbauprogramm, das sogenannte Konsolidierungsprogramm 2017, dazu, würden die insgesamt 450 Millionen Franken Steuererleichterungen vollständig mit Sparmassnahmen beim Kanton kompensiert. Versprochen worden sei der Bevölkerung aber etwas ganz anderes: Versprochen worden sei, dass mit der Ansiedlung neuer Firmen und zahlungskräftiger Steuerzahler die Ausfälle kompensiert würden. Nun hätten aber die Steuererträge von 2004 bis 2013 von 838 auf 818 Millionen Franken abgenommen und als indirekte Folge der kantonalen Finanzpolitik seien auch die Gelder aus dem nationalen Finanzausgleich reduziert worden. Im gleichen Zeitraum müsse der Kanton aber eine Infrastruktur für zehn Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner bereitstellen. Diese Rechnung könne nicht aufgehen. Und nun zum dritten Mal die Frage: Gehe es dem Kanton Luzern finanziell schlecht? Schauen man über die Kantonsverwaltung auf den privaten Bereich, dann müsse man sagen, dem Kanton Luzern gehe es finanziell hervorragend. Dazu nur ein Indikator: Die steuerbaren Vermögen hätten sich im Zeitraum der Steuersenkungen und Sparprogramme seit dem Jahr 2004 bis 2013 von 32 Milliarden Franken auf 60 Milliarden Franken fast verdoppelt. Wie gewinnbringend es für den ganzen Kanton sei, wenn sich die Vermögen derart vergrösserten und die Gelder nicht investiert würden, sei eine andere Frage, aber man könne feststellen, dem privaten Kanton Luzern gehe es finanziell sehr gut. Die Analyse zeige eines nun klar: Der Kanton habe ein Einnahmenproblem und nicht ein Ausgabenproblem. Das bestätige der Regierungsrat im AFP 2016–2019 auch mit den Zahlen, aber noch nicht mit Worten. Die Studie von BAK Basel aus dem Jahr 2014 zeige, dass der Kanton über alle Aufgabenfelder hinweg ein unterdurchschnittliches Nettoausgabenniveau im Vergleich zu den anderen Kantonen aufweise, insgesamt liege es bei 88 Prozent. Wenn der Kanton ein Ausgabenproblem habe, dann dieses, dass er Bereiche mit zu geringen Ausgaben und insbesondere zu tiefen Investitionen habe. So sei er nicht mehr in der Lage die Infrastruktur zu unterhalten, der Indikator Zustandswert Gebäude zum Beispiel sinke laufend. Hier baue der Kanton Schulden auf, während er finanziell betrachtet praktisch schuldenfrei sei. Weshalb spiele das Ergebnis dieser vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Studie in der politischen Diskussion keine Rolle? Das Ergebnis passe wohl nicht in das Bild, das man vermitteln möchte, damit man den Staat weiter abbauen könne. Der Rat werde heute hier über 100 Anträge zu AFP und Voranschlag behandeln. Dabei werde die Schuldenbremse für einige eine wichtige Rolle spielen. Dieses Instrument, das den Ausgleich der Rechnung über fünf Jahre verlange, sei zur Vermeidung weiterer Schulden geschaffen worden. Wie schon gesagt, seien aber die Schulden gar nicht unser finanzpolitisches Problem. Deshalb sei es auch völlig unverhältnismässig, dem Ausgleich und der Bestimmung bezüglich des maximalen Defizits eine solche Bedeutung zuzumessen und wegen einem Fehlbetrag von wenigen Millionen auf ein Gesamtbudget von 3,7 Milliarden Franken neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Der Rat solle sich nicht hinter einem technokratischen Instrument verstecken, das er in der Absicht Schulden abzubauen geschaffen habe, das aber für die aktuelle Situation untauglich sei.

Diese wenige Millionen seien aber ganz und gar nicht unbedeutend für die betroffenen Personen; im Sicherheitsbereich heute abzubauen, obwohl allen klar sei, dass es die aktuelle Situation nicht erlaube; im Bildungsbereich abzubauen, obwohl alle wüssten, dass wir uns damit schon kurzfristig, aber sicher mittelfristig bei unserer einzigen Ressource schwächen; im Sozialbereich abzubauen, obwohl wir alle wüssten, dass es unverantwortbar sei, dass Behindertenorganisationen Betreuungsplätze aufgrund dieser Entscheide abbauen müssten. Bei den Abbaumassnahmen sei beim besten Willen keine Strategie erkennbar. Was aber klar sei: Mit den Abbaumassnahmen werde ein Klima der Angst und der Resignation bei den Betroffenen geschaffen, die nun über Jahre immer wieder Reduktionen hinnehmen müssten. Die Wirkung der Abbaumassnahmen gehe aber weit über die unmittelbar beim Kanton Luzern Beschäftigten hinaus. Auch die Mitarbeitenden der Beitragsnehmer, beispielsweise der sozialen Organisationen, seien stark davon betroffen. Hier mache er einen Einschub zum Thema Strafanstalten. Der PFK-Präsident habe ausgeführt, dass die Privatisierung der Strafanstalten ein grosses Thema gewesen sei. Die Mitglieder der PFK hätten das aber anders verstanden. Susan Truttmann werde sich diesbezüglich noch äussern. Der Kanton Luzern müsse wieder ein verlässlicher Partner werden, für seine Mitarbeitenden, für die Beitragsnehmer und auch für die Gemeinden. Jeder Unternehmer, jede Unternehmerin wisse, dass motivierte Mitarbeiterinnen das höchste Gut in einer Firma seien. Motivierte Mitarbeitende seien bereit mehr als nötig zu leisten, sie seien auch bereit, schwierige Situationen konstruktiv mitzutragen. Für die Zukunft eines Kantons sei die Innovationsfähigkeit von grösster Bedeutung. Hier zeigten alle Indikatoren im schweizweiten Vergleich, ebenfalls ein ernüchterndes Bild für den Kanton Luzern. So lägen zum Beispiel die Ausgaben für Hochschulen im Bereich Forschung und Entwicklung unter dem schweizerischen Schnitt, auch die Firmengründungen seien unterdurchschnittlich. Es seien nun neue Lösungen gefragt. Man brauche eine Aufbruchsstimmung, und man müsse zeigen, dass man willens und fähig sei aus der Negativspirale herauszukommen. Die Voraussetzungen wären ja gar nicht schlecht. Der Kanton verfüge über eine gute und effiziente Verwaltung. Die Infrastruktur sei insgesamt noch auf einem relativ guten Stand und wir hätten interessante Projekte, die Impulse setzen könnten. Wir hätten Bildungsinstitutionen, welche wertvolle Inputs geben könnten. Setzen wir wieder mehr auf unsere eigenen Stärken und auf ein Wachstum von innen heraus, als ein Konzept von Ansiedlungen und Zuzügen zu verfolgen, welches nicht funktioniere und uns insgesamt nur schade. Was brauche man, um auf einen neuen Weg zu kommen? Man brauche eine intelligente Steuergesetzrevision, welche nicht den Mittelstand und die Leute mit tiefen Einkommen zu Verlierern mache. Mit dem damit gewonnenen Spielraum könnten wir in die Bildung investieren statt abzubauen. Man brauche eine Innovationsstrategie, welche die vorhandenen Potenziale der Wirtschaft und Bildung stärker zusammenbringe. Man brauche mehr Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden des Kantons Luzern und mehr Verlässlichkeit den vom Kanton Luzern abhängigen Institutionen gegenüber. Und man brauche insgesamt mehr langfristiges Denken und vor allem ein ganzheitlicheres Denken. Die SP leiste zu einem Prozess in diese Richtung gerne ihren Beitrag. Die SP trete auf den Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019 ein. Sie werde alle Abbaumassnahmen bekämpfen und ablehnen, welche gegen die Bevölkerung des Kantons im Bildungs- Sozial- und Sicherheitsbereich gerichtet seien. Auf dem heutigen Stand werde die SP AFP und Voranschlag 2016 ablehnen. Wenn sie aber erkennen könnte, dass wichtige Anliegen im Bildungs- und Sozial- und Sicherheitsbereich eine Mehrheit fänden, sei sie gerne bereit, ihre Position zu überdenken. Die SP-Fraktion danke allen, die sie bei einer konstruktiven Politik zu Gunsten der Bevölkerung des Kantons Luzern unterstützten.

Im Namen der Grünen Fraktion tritt Michael Töngi auf die Vorlage ein. Selten habe ein solch grosser Widerspruch zwischen dem Anspruch an die Politik und der finanziellen Situation geherrscht. Vorhin habe man das Legislaturprogramm diskutiert, in den letzten Jahren seien verschiedene Planungsberichte verabschiedet worden und man wisse, wie sich der Kanton nach aussen verkaufe: Man wolle eine gute Infrastruktur, eine gute Bildung und einen sozialen Ausgleich. Man wolle aber auch eine leistungsfähige Verwaltung, die ihre Aufgaben fristgerecht erfülle und einen funktionierenden Rechtsstaat. Gleichzeitig finde die demografische Entwicklung statt und Integrationsfragen müssten geklärt werden. Es gelte veränderte Arbeitsformen und Bedürfnisse der Wirtschaft zu berücksichtigen, wie auch die Klimaentwicklung. Es stellten sich sozial- und gesundheitspolitische Fragen, die mit der Spital- und Pflegefinanzierung umgesetzt würden und Kosten verursachten. Der vorliegende AFP beantworte

keine dieser Fragen, im Gegenteil. Nichts würde dagegen sprechen, dass der Staat ungefähr wie das Bruttosozialprodukt wachsen sollte oder dürfte. Wenn man dies dem Staat nicht zugestehe, so dränge man ihn zurück und er könne auf die beschriebenen Fragen und Herausforderungen auch keine Antworten geben, ausser man hoffe auf sehr hohe Effizienzsprünge. In vielen Bereichen seien diese aber nicht möglich, weil vieles immer noch auf Arbeitsleistungen von Menschen beruhe. Er verstehe nicht, warum die SVP und die FDP immer von einem übertriebenen Wachstum sprechen würden, dazu müsse man nur die effektiven Zahlen betrachten. In Luzern seien die Steuereinnahmen praktisch stagnierend, seit 2001 habe ein Wachstum um 10 Prozent stattgefunden. Im gleichen Zeitraum hätte ein Bevölkerungswachstum von 12 Prozent stattgefunden, eine Teuerung von 7 Prozent und eine wachsende Wirtschaftskraft von rund 35 Prozent. Auf die Dauer sei ja klar, dass es nicht aufgehen könne, wenn die Steuereinnahmen weniger stiegen als das Bevölkerungswachstum und weit, weit unter dem Wirtschaftswachstum liegen würde. Das zeige sich jetzt auch mit dem Finanzausgleich. Der Kanton erhalte weniger Mittel aus dem Finanzausgleich, weil seine Ressourcenstärke im Vergleich zu anderen Kantonen wachse. Man schöpfe sie aber offensichtlich nicht aus. Im Kanton Schwyz werde vor allem im Bereich der Bestverdienenden das Steuerpotenzial nicht ausgeschöpft und bei uns sei es bei den Unternehmen. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen sei massiv gesunken. Sie benützten weiterhin unsere Infrastruktur, bezahlten aber nur wenig dafür. Wer dieses Loch auf die Dauer stopfen solle, habe auf bürgerlicher Seite noch niemand beantwortet. Für die Grünen sei eines klar: Man komme nicht darum herum, auch die Unternehmen wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen. Sie seien überzeugt, dass ihre Initiative für viele Menschen die richtige Antwort sein werde. Bei der Beratung der letzten Steuergesetzrevision hätten mehrere Redner hier versprochen, dass die Steuereinnahmen dank der Revision zunehmen würden und in der Abstimmungsbotschaft sei der Bevölkerung versprochen worden, dass die Luzerner Finanzen diese Revision vertragen würden. Was sei dann passiert? Die Prognosen zu den Steuereinnahmen hätten jedes Jahr zurückgeschraubt werden müssen. Die Steuern seien nicht, wie man das mit dieser Strategie versprochen hatte, gesprudelt und statt gesunden Finanzen habe man Jahr für Jahr Abbauprogramme mit anderen Namen. Dieses Jahr habe man sogar auf eine Namensgebung verzichtet und die Einsparungen um mehrere Dutzend Millionen Franken als normalen Budgetprozess verkauft. Zur Informationspolitik: Diese sei katastrophal gegenüber dem Parlament, gegenüber den Medien, vor allem gegenüber dem Personal und den Institutionen. Ein Polizeikommandant dürfe sich nicht äussern, eine Schule erhalte einen Maulkorb und das Personal solle schweigen. Das sei unerträglich. Unerträglich sei auch, dass niemand die Verantwortung übernehme. Würden Kürzungen diskutiert und hinterfragt, so heisse es schnell, die seien ja von den Dienststellen selber vorgeschlagen worden, man unterschlage aber, wer diesen Dienststellen solche Vorgaben gemacht habe. Die zuständigen Regierungsräte fühlten sich nicht zuständig, Finanzdirektor Marcel Schwerzmann schweige oder lasse über die Staatskanzlei etwas ausrichten und man frage sich, ob wir wirklich im Jahr 2015 seien oder ob man wieder zu einem Stil wie zu Zeiten vor den 80er-Jahren zurückkehre, mit seinen Regierungs- und Informationsskandalen. Ein Problem sei auch unsere Schuldenbremse: Mit ihrer auf den Franken definierten Grenze mache sie kurzfristige Sparübungen nötig, die dann nicht seriös diskutiert werden könnten. Innert kurzer Zeit habe die Regierung Kürzungen vorgenommen oder vornehmen lassen. Grundlagen, um diese Kürzungen zu diskutieren, habe es keine gegeben. Wie viel verdienten Lehrer in anderen Kantonen? Wie hoch sei ihre Arbeitsbelastung? Wie sei die Infrastruktur? Solche Vergleiche müsste man in der Zeitung suchen. Die Kürzung im SEG Bereich um nochmals ein Prozent stehe nicht einmal im AFP, sie sei stillschweigend vorgenommen worden. Das sei praktisch, so müsse der Regierungsrat auch nichts zu den Auswirkungen sagen. Ihre Kritik bleibe die gleiche wie vor einem Jahr, als es um die Kürzung von 5 Prozent gegangen sei. Bereits dort hätten sie kritisiert, dass es nur eine Aussage im BAK-Bericht gebe, die Behindertenbetreuung im Kanton Luzern sei teuer, die Vergleichbarkeit sei aber schwierig. Auf Grund dieses Satzes sollten sie Millionen Kürzungen beschliessen. Wem dieser Aufgabenbereich egal sei, der brauche vielleicht keine weiteren Informationen, die Grünen aber würden dieses Vorgehen nicht mitmachen. Das gleiche gelte für den Abbau in gewissen Dienststellen um 5 Prozent. Wie mache man das? Was heisse das für die Dienstleistungen? Ob da noch die berühmte Luft drin gewesen sei? Welche Leistungen würden gekürzt? Keine Ahnung, aber vielleicht wüssten es ja auch die Regierung und die Verwaltung noch nicht. Die Grünen seien nicht bereit, diesen Mechanismus mitzumachen. Sie hätten dazu einen Vorstoss eingereicht und wollten die

Schuldenbremse aussetzen, bis der Kantonsrat das Konsolidierungsprogramm und in einer Gesamtschau alle verschiedenen Bereiche angeschaut und geprüft habe. Die Grünen machten diese kurzfristigen Übungen nicht mit. Man werde heute sicher noch mehrmals über das Konsolidierungsprogramm sprechen. Für die Grünen sei klar, sie widersetzten sich dieser Diskussion nicht. Sie möchten aber eine ergebnisoffene Diskussion, eine Bereitschaft, alle Fakten auf den Tisch zu legen. Es brauche jetzt eine Debatte, die die Ausgaben, die Einnahmen und die Spielregeln des Kantons und des Bundes zusammenbrächten. Es gehe nicht an, dass man einmal mehr über Ausgabenkürzungen rede und die Diskussion über unser Steuergesetz und die Schuldenbremse auf einen späteren Zeitpunkt verschiebe und wieder einen Teil nach dem anderen diskutierte. Und wenn es dann wieder heisse, man müsste halt die Schuldenbremse einhalten und könnte deshalb die verschiedenen Elemente nicht in einer Diskussion zusammenbringen, so meinten sie: Doch, genau das müsse man, sonst komme man in der Finanzdiskussion nie auf festen Boden. Das Parlament müsse diese Diskussion führen und gleichzeitig würden die Grünen mithelfen, dass sich auch die Bevölkerung über verschiedene Aufgaben äussern könne. Mit der Allianz für Lebensqualität hätten sie drei Initiativen gestartet und wollten so der Diskussion einen neuen Schub geben. Denn sie seien überzeugt, dass die Bevölkerung sich einen leistungsfähigen Kanton wünsche, der die täglichen Aufgaben gut bewältige und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern das biete, was sie erwarteten. Vielleicht stecke hinter dieser Kurzfristigkeit aber auch die eigentliche Strategie. Man wolle gar keine Finanzstrategie, weil die Steuerstrategie über allem stehe und daneben nichts mehr gelte, kein Planungsbericht und eben auch keine Finanzstrategie. Inhaltlich könne er sich zum Budget kurz halten: Kürzungen gingen zu Lasten des Personals mit der höheren Lektionenverpflichtung für Lehrer und einer allgemeinen Kürzung um ein Prozent, trotz anderweitiger Ziele im Legislaturprogramm. Die Erhöhungen von Gebühren im Schulbereich und die Kürzungen bei der Prämienverbilligung würden einerseits die einkommensschwachen Haushalte treffe, aber auch den Mittelstand, der bei den Krankenkassenprämien vom Kanton allein gelassen werde. Die Kürzungen gingen aber auch zu Lasten der Bildung, sie gingen zu Lasten behinderter Menschen und vor allem auch ihrer Angehörigen und all jener, die sie betreuten. Man streiche zwölf Stellen bei der Polizei, ausgerechnet unter einem SVP-Sicherheitsdirektor, dessen Partei noch vor kurzem mit dem Slogan "Sicherheit-Tag und Nacht" in den Wahlkampf gezogen sei. Trotz Polizeibericht kürze man in einem sensiblen Bereich Stellen und gebe der Bevölkerung damit ein Zeichen der Gleichgültigkeit. Man kürze aber auch in vielen Bereichen kleinere Beträge, die bisher mitgeholfen hätten, innovative Projekte zu unterstützen. Die Vorgaben seien in mehreren Bereichen illusorisch und riefen zum Beispiel im Asylwesen schon jetzt nach Nachtragskrediten. Die Grüne Fraktion lehne den Voranschlag in der vorliegenden Form ab. Sie lehne den AFP ebenfalls ab. Er sei zum einen ja eine Fortschreibung von Leistungen und Strukturen II und enthalte damit Abbaumassnahmen, die sie abgelehnt hätten, er sei gleichzeitig überholt, da mit dem Nein zum Gegenvorschlag zu ihrer Initiative zu den Unternehmenssteuern weitere Ausfälle bestünden und er sei natürlich nach den finanziellen Entwicklungen der letzten Monate letztlich obsolet. Für sie sei es nicht oberste Priorität, einen AFP zu haben, der vom Parlament genehmigt worden sei. Für sie sei es viel wichtiger, endlich eine gesamtheitliche Finanzdiskussion zu führen. Deshalb unterstützten sie die Forderung nach einem neuen AFP im Juni 2016 nicht. Sie stellten keinen anderslautenden Antrag zum Steuerfuss und stimmten diesem zu. Sie stimmten den Vorstössen zu, die die Abbaumassnahmen ändern wollten. Sie unterstützten ebenfalls die Kommissionsmotion zu einem Planungsbericht.

Im Namen der GLP-Fraktion tritt Urs Brücker auf die Vorlage ein. Mit der vorliegenden Botschaft präsentiere der Regierungsrat ein fast ausgeglichenes, aber mindestens Schuldenbremse-konformes Budget 2016 und den AFP 2016–2019, bei welchem er von einer äusserst anspruchsvollen Situation spreche, eine in ihren Augen aufmunternd positive Formulierung für den vorliegenden AFP. Zum Voranschlag 2016: Dieser halte mit einem Aufwandüberschuss von 19,8 Millionen Franken und einem Mittelabfluss von 28,7 Millionen Franken und damit einem Geldfluss-Investitions-Verhältnis von 80 Prozent die jährlichen Vorgaben der Schuldenbremse gemäss FLG gerade noch ein. Um dies zu erreichen und damit die massiven Einnahmeausfälle, wie zum Beispiel den Wegfall von rund 79 Millionen Franken NFA-Gelder, zu kompensieren, enthalte das vorgelegte Budget 2016 verschiedenste Entlastungen wie man der Überleitungsliste habe entnehmen können. Einnahmenerhöhungen, mit teilweise abenteuerlichem Charakter, und Ausgabenreduktionen von rund 51 Millionen Fran-

ken seien gegenüber dem AFP 2015–2018 ausgewiesen. Insbesondere die Massnahmen im Bildungs- und Kulturdepartement, wie zum Beispiel die sukzessive Schliessung der Fachklasse Grafik, die massive Erhöhung von Schulgeldern, oder die Pensenreduktionen durch Verkürzung des Schuljahres um eine Woche bei den Gymnasien und bei den Berufsschulen, habe bei den Bürgerinnen und Bürgern des Kantons Luzern zu einem Sturm der Entrüstung geführt, der sich heute Morgen auch in einer Demonstration entladen habe. Auf der Einnahmenseite seien für 2016 6,1 Prozent mehr Nettosteuerertrag als 2015 budgetiert. Man dürfe sich fragen, wieso im AFP für die Jahre 2017–2019 dann aber mit nur halb so grossen Mehrerträgen gerechnet werde. 2016 scheine ein hervorragendes Steuerertragsjahr zu werden. Anders als 2014/2015 seien im Budget 2016 auch wieder Erträge seitens der SNB budgetiert, 32 Millionen Franken, nachhaltig, übrigens auch im AFP bis 2019. Zum AFP: Dieser halte die Vorgaben der Schuldenbremse bei Weitem nicht ein und sowohl beim mittelfristigen Ausgleich in der Erfolgsrechnung und der Geldflussrechnung klafften Lächer von je 213 Millionen Franken, Tendenz steigend. Für den AFP 2017–2020 mit Werten gegen beziehungsweise über 300 Millionen Franken. Dazu sei eigentlich nicht viel zu sagen. Als der Kantonsrat am 2. Dezember 2014 den AFP 2015–2018 nicht genehmigte, seien sie von der Regierung informiert worden, dass im nächsten Jahr, also heute, ein AFP 2016–2019 präsentiert werde, der die Anforderungen des FLG beziehungsweise der Schuldenbremse an den mittelfristigen Ausgleich erfülle. Dies sei gehörig danebengegangen. Dabei sei es nicht der fehlende Wille, sondern es seien das vorwiegend mengengetriebene Ausgabenwachstum einerseits und die massiven Ausfälle beim NFA, aber auch die stark reduzierten Erwartungen bei den Steuererträgen andererseits, zeigten ihre Wirkung. Zu allem Übel seien die Zahlen im AFP aber noch nicht einmal die Schwärzesten. So seien doch im vorliegenden AFP 2016–2019 Mehrerträge des ihnen unterbreiteten und vom Kantonsrat mittlerweile abgelehnten Gegenvorschlages zur Volksinitiative "Für faire Unternehmenssteuern" bereits eingerechnet. Wenn man den vorliegenden AFP so genehmigen würde, wäre dies ein Rückfall in die Schuldenwirtschaft und dies könne nie und nimmer ihr Ziel sein. Man werde heute das Problem um etwa sechs Monate verschieben und zähle auf das Allerheilmittel Konsolidierungsprogramm 2017. Damit müsste man es richten. Dies werde nicht ohne schmerzliche Einschnitte bei den Leistungen, das Diskutieren von strukturellen und regionalpolitischen Tabus sowie Justierungen auf der Ertragsseite gehen. Dazu habe die GLP schon mehrfach angeregt, zum Beispiel seitens des Bundes verursachte Mehraufwände mit punktuellen Steueranpassungen aufzufangen und bestehende unsinnige Steuerabzüge, wie zum Beispiel den nicht plafonierten Pendlerabzug, zu reduzieren. Für die GLP sei es von höchster Bedeutung, dass am Ende der mutmasslich sehr langen Debatte zur Botschaft B18 ein Budget verabschiedet werde. Angesichts der Zahlen für die Jahre nach 2016, wo jährlich 110 Millionen fehlten, müssten man sich um den Voranschlag 2016 eigentlich nicht so grosse Sorgen machen. Ein paar Millionen mehr Aufwandüberschuss oder ein Geldfluss-Investitions-Verhältnis von etwas unter 80 Prozent wirkten dagegen fast lächerlich. Aber eben, sie seien verpflichtet nicht irgendein Budget zu verabschieden, sondern ein gesetzeskonformes, welches die Vorgaben des FLG bezüglich Schuldenbremse einhalte. Genau das wolle die GLP. Die GLP trete auf die Vorlage ein. Zu den Anträgen nehme sie in der Detailberatung Stellung. Das Budget würden sie je nach Ausgang der Detailberatung letztlich genehmigen oder ablehnen müssen. Den AFP 2016–2019 würden sie nicht genehmigen.

Susanne Truttmann sagt, sie erlaube sich eine Präzisierung zu den Darstellungen des PFK-Präsidenten in Sachen Prüfung der Auslagerung von Strafanstalten. Das Wort "Privatisierung" sei ihrem Erachten nach in der Kommission nicht vorgekommen. Es gehe nicht darum, eine Privatisierung zu prüfen, sondern eine Optimierung der Strukturen. Dies könnte beispielsweise eine Zusammenarbeit mit Konkordatspersonen bedeuten. Sie seien dankbar, wenn die Berichterstattung aus der Kommission korrekt und ohne persönliche Wertung des Präsidenten erfolge.

David Roth sagt, die Idee der Tiefsteuerstrategie sei verlockend gewesen. Die SP habe diese politische Idee nicht geteilt. Man sollte jedoch nicht auf der Suche nach Schuldigen, sondern nach Lösungen sein. Die Tiefsteuerstrategie sei eine Investition mit dem Ziel gewesen, Unternehmungen aus anderen Kantonen abzuwerben, um von diesen Steuern zu profitieren. Bisher sei diese Idee jedoch nicht aufgegangen. Die von der Regierung und der Ratsmehrheit geäusserten Erwartungen seien deutlich unterschritten worden. Dadurch sei man in diese Lage gekommen. Nun gebe es zwei logische Möglichkeiten, um mit dieser Situation um-

zugehen. Erstens Mehreinnahmen: Man korrigiere die eingeschlagene Strategie und nehme einen Teil der Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer zurück. Zweitens: Man glaube weiterhin an die Steuerstrategie. Er persönlich glaube nicht daran. Wer aber weiterhin dran glaube, müsse nun den Mut haben, Geld in diese Strategie zu investieren. Diese Strategie müsse mit Fremdmitteln finanziert werden. Was das Budget und der AFP vorsehen würden, entspräche aber keiner dieser beiden Varianten. Vielmehr gefährde die Investition Tiefsteuerstrategie alle anderen Investitionen, die den Kanton Luzern lebenswert machten. So etwas käme keinem Unternehmer in den Sinn. Mit der Streichung von Investitionen in Gebäude, der Streichung von Unterhalt spare man nichts. Die Gebäude verlören an Wert, man verfüge zwar über etwas mehr Geld, aber am Gesamtvermögen ändere sich nichts. Im Gegenteil, sein eigenes Haus nicht zu unterhalten, könne eine Zeit lang gut gehen, aber danach werde das Haus Schaden nehmen. Das Gleiche gelte für unsere Gesellschaft, für die Bildung und die hier beschlossenen Dienstleistungen am Bürger, sei es beim Verkehr, der Sicherheit oder der Pflege. Damit baue man unsere Gesellschaft ab. Das Schlimmste, das diese Abbauerei auslöse, sei die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Dadurch würde vermehrt jeder nur noch für sich selber schauen. Vielleicht wolle man genau das erreichen, denn wenn jeder für sich selber schauen müsse, sei es auch einfacher, sich gegeneinander aufzuhetzen. So würden Schwächere noch Schwächere als Konkurrenz und nicht als Mitmenschen sehen. Genau gegen das müsse man eintreten. Er appelliere an das staatsbürgerliche Gewissen aller. Es sei das humanistische Menschenbild liberaler Politiker gewesen, welches die Grundlagen unseres Staatswesens gelegt und geprägt habe. Dieses Erbe verpflichte. Man solle den Anträgen der SP folgen und damit die Zerstörung des Kantons abwenden. Adrian Bühler sagt, dem Rat gehörten ausgewiesene Finanzspezialisten, Treuhänder und promovierte Ökonomen und Betriebswirtschafter an. Er selber spreche mit der Erfahrung von acht Budgetberatungen und gesundem Menschenverstand. Bis im Juni dieses Jahres seien das Budget und der Budgetprozess auf Kurs gewesen. Die Meldung, dass der Kanton Luzern 80 Millionen Franken weniger als geplant aus dem Nationalen Finanzausgleich NFA erhalte, habe einiges geändert. Natürlich habe man gewusst, dass die Erträge aus dem NFA sinken würden. Aber es sei ein Unterschied, ob es sich dabei um 80 Millionen Franken handle und nicht wie erwartet um 21,1 Millionen Franken. Das vorliegende Budget sei ein Abbild dieses Entstehungsprozesses, ein Notbudget. Zu behaupten das Budget sei seriös, bedürfe einer gewissen Grosszügigkeit. Der Kanton habe die zusätzlichen Millionen dort geholt, wo er die Möglichkeit dazu habe. Beim Bildungs- und Kulturdepartement seien es die kantonalen Schulen. Das Budget bei der gymnasialen Bildung nehme gegenüber 2015 um neun Prozent ab, bei der Berufsbildung um 4 Prozent. Es werde nicht weniger mehr ausgegeben, sondern tatsächlich gespart. Das ganz im Gegensatz zu anderen Hauptaufgaben. Die Kosten für soziale Sicherheit würden um 3,6 Prozent wachsen und für den Verkehr um über 14 Prozent. Bei den Mittelschulen baue man 52 Stellen ab, bei der Informatik würden sieben Stellen aufgebaut. Er halte es mit der Bildungskommission, die schreibe: "Die Bildungskommission ist geschlossen der Auffassung, dass die Bildung einen übermässig grossen Sparbeitrag leisten muss und die Opfersymmetrie nicht gewahrt ist." Er helfe mit, das Notbudget zu retten, er wehre sich aber dagegen, dass dies einseitig auf Kosten der Berufs- und Mittelschulen geschehe. Er bitte, die Opfersymmetrie zu wahren und die Sparmassnahmen besser auf die verschiedenen Departemente zu verteilen. Die CVP-Fraktion habe entsprechende Anträge gestellt.

Ylfete Fanaj findet, etwas müsse man der Regierung lassen: Sie habe es geschafft, mit ihrer Strategie des Nichtkommunizierens den Kanton wochenlang in Atem zu halten. Da man gemäss Paul Watzlawick nicht nicht kommunizieren könne, habe diese Nichtkommunikation der Regierung weitreichende Folgen. Das Vorgehen des Regierungsrates habe Indiskretionen auf der Basis von Gerüchten, Vermutungen und Befürchtungen gefördert. Nach der Kommunikation der Abbaumassnahmen sei es schwierig gewesen, die Auswirkungen davon zu beurteilen. In den Kommissionen seien Fragen gestellt und es seien Vorstösse eingereicht worden. Weder in den Kommissionen noch in den Antworten der Vorstösse habe man gehaltvolle Informationen der Regierung erhalten. Wie solle das Parlament seinen Auftrag als Volksvertreter erfüllen, wenn keine vollständigen Informationen zur Beurteilung vorlägen? Wegen dieses Informationsdefizits hätten die Kantonsräte selber mühsam bei den Betroffenen Informationen einholen müssen. Die Öffentlichkeit habe aber ein Anrecht auf eine transparente Information. Die Sparmassnahmen seien zufällig und ohne eine erkennbare Strategie ausgewählt worden, getrieben von einer operativen Buchhalterhektik, ohne einen strate-

gischen Weitblick. Die zukünftige Bedeutung der betroffenen Bereiche habe bei der Beurteilung keine Rolle gespielt. Die Regierung schlage auch nicht umsetzbare Massnahmen vor, zum Beispiel die Reduktion des Trägerschaftsbeitrages an die Fachhochschule, sie werde aber vom Konkordatsrat zurückgepiffen. Vertrauensbildung sehe anders aus. Sie gehöre seit vier Jahren dem Rat an, habe aber noch nie so viele Rückmeldungen von Betroffenen erhalten, wie dieses Jahr. Man stelle eine sehr grosse Unzufriedenheit mit den Sparplänen und der Kommunikationsstrategie der Regierung fest. Die Verunsicherung in weiten Teilen sei deutlich spürbar. In der Fachkommissionsarbeit habe sich eine grosse Hilflosigkeit gezeigt, die in der PFK weitergeführt worden sei. Es seien spontane und zum Teil willkürliche Massnahmen vorgeschlagen worden. Das von der Regierung angestossene, planlose Vorgehen sei dadurch fortgeführt worden. Sie befürchte, dass dadurch auch die Ratsdebatte geprägt werde und der Überblick fehle. Das sei bei dieser Vorgeschichte nicht verwunderlich. Durch diese Art der Kommunikation habe sich der Kanton Luzern zur Lachnummer der Schweiz gemacht, etwas, das die Luzerner Bevölkerung nicht verdient habe.

Priska Galliker findet, es müssten gleiche Bedingungen für alle gelten. Sie unterstütze deshalb den Antrag der CVP-Fraktion, wonach in allen Departementen 5 Prozent beim Personalaufwand zu sparen seien. Beim Personalaufwand zu sparen bedeute nicht automatisch Personalabbau. So könnten etwa Weiterbildungen und andere Massnahmen ausgesetzt werden, der Ausbau von bereits bewilligten Massnahmen verzögert werden oder Leistungen und Strukturen kritisch hinterfragt werden. Was solle daran verwerflich sein? So müssten nicht nur an der Front, also etwa bei Lehrpersonen, sondern auch im Backoffice, sprich bei der Verwaltung, Massnahmen umgesetzt werden. Sie fände es ein Armutszeugnis des Kantons Luzern, wenn Sparmassnahmen im Bildungs- und Gesundheitsbereich einfach durchgehen und in Zeiten von Angst und Terror ein Abbau beim Polizeikorps vorgenommen würde. Die Meinungen seien bereits gemacht, aber keine Partei könne das Budget allein durchbringen. Sie bitte deshalb die Forderung, in allen Departementen 5 Prozent beim Personalaufwand zu sparen, zu unterstützen.

Raphael Kottmann äussert sich in seiner Funktion als Präsident des Luzerner Staatspersonalverbandes (LSPV). Wie bekannt stehe man vor einer schwierigen Ausgangslage. Auch wenn der LSPV vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage die Sparbemühungen der Regierung grundsätzlich nachvollziehen könne, würden sie das Personal äusserst hart treffen. Als Verband stehe man aus staats- und finanzpolitischen Überlegungen hinter einem gesunden Finanzhaushalt. Man wisse, dass nur ein finanziell gesunder Kanton gemeinwirtschaftliche Leistungen effektiv erbringen könne. Das Personal wehre sich nicht a priori gegen Massnahmen, die im Einklang mit Effizienz und Bürgernähe stehen und für die Bevölkerung einen echten Mehrwert bringen würden. Er mache einige Bemerkungen zum Budget und AFP. Erstens: Die Sparmassnahmen, beziehungsweise die Einsparungen beim Personal, würden die Sozialpartnerschaft strapazieren. Einzelne Massnahmen wirkten zufällig, schürten die Unsicherheit und verschlechterten die verwaltungsinterne Kultur. Zweitens: Die erbrachten Leistungen des Kantons und der resultierte volkswirtschaftliche Gesamtnutzen würden zu wenig aufgezeigt, ebenso die Konsequenzen der Abbaupläne. Drittens: Die Informationspolitik sei äusserst unbefriedigend. Das Personal müsse besser und früher miteinbezogen werden, die Kommunikation müsse einheitlicher passieren. Viertens: Die bestehenden flankierenden Massnahmen seien nötigenfalls bereitzustellen, beziehungsweise die gesetzlich vorgesehenen Begleitmassnahmen zu aktivieren. Fünftens: Weniger Personal bedeute weniger Leistung, in quantitativer, aber insbesondere in qualitativer Hinsicht. Der Rat stehe hierfür in der Öffentlichkeit in der Verantwortung. Zusammenfassend stelle er namens des LSPV fest, dass mit den geplanten Einsparungen beim Personal unweigerlich ein Abbau des Service public einhergehe. Es entspreche ihrem Selbstverständnis, dem Arbeitgeber Loyalität entgegenzubringen, auch in Zeiten von Sparpaketen und Personalabbauvorschlägen. Eine Sozialpartnerschaft könne aber nie eine Einbahnstrasse sein. Mit den geplanten Umsetzungsmassnahmen erreiche der Leistungsabbau ein Ausmass, welches der LSPV nicht vorbehaltlos mittragen könne. Der LSPV bleibe seinen Grundsätzen aber treu und sei bereit, seinen Beitrag zu einem gesunden Staathaushalt zu leisten. Diesem Gedanken der Kompromissbereitschaft folge er bei der Beratung der Anträge, halte aber auch unmissverständlich fest, dass die Loyalität beim Staatspersonal an ihre Grenzen stosse.

Monique Frey erklärt, der Rat müsse heute die Verantwortung für dieses Budget übernehmen. Es liege zwar ein Vorschlag der Regierung vor, aber es lägen auch fast 100 Anträge und Bemerkungen aus dem Rat vor. Es sei niemandem richtig wohl, es werde gar von einem

Hüftschuss gesprochen, der in die Knie gehen könnte. Nun liege es am Rat ein Budget zu erstellen, welches der Bevölkerung, den Kantonsangestellten und jenen, die auf den Kanton angewiesen seien, gerecht werde. Aus den vorangehenden Voten aller Parteien schliesse sie, dass die Finanzstrategie gescheitert sei. Seit Jahren versuche der Kanton seine Finanzen ins Lot zu bringen, aber er schaffe es nicht. Nun müsse man nach Möglichkeiten suchen, um den Kanton aufzubauen und weiter zu entwickeln. Die Grüne Fraktion habe einen Vorstoss eingereicht, um die Schuldenbremse aussetzen zu können, damit das Budget über die nächsten Jahre hinweg wieder ins Lot gebracht werden könnte. Der Rat habe aber die dringliche Behandlung dieses Vorstosses abgelehnt. Bei der nachfolgenden Behandlung des Budgets solle man aber daran denken, dass die Schuldenbremse ausgesetzt werden könnte, schliesslich entscheide der Rat, welche Leistungen er anbiete. Die Grüne Fraktion mache beliebt, keine Schulwochen zu streichen, keine Schulgelder zu erhöhen und keinen Abbau beim Instrumentalunterricht vorzunehmen. Ein Abbau der Prämienverbilligung und weitere Einsparungen bei den Behindertenorganisationen kämen für sie ebenfalls nicht in Frage. Die Grüne Fraktion wolle ein funktionierendes Gerichtswesen und motiviertes Verwaltungspersonal.

Giorgio Pardini stellt fest, dass eine zentrale Konstante bei dieser Debatte ausser Acht gelassen werde. Man wolle ein stimmiges Budget, das etwa dem Wert von 2007 entspreche. Man reduziere die Einnahmen, das Volk habe dazu Ja gesagt. Aber man politisiere an der Realität vorbei. 2005 hätte der Kanton Luzern 350000 Bewohner gezählt, heute seien es 400000 Bewohner, diese Zahl nehme zu. Gleichzeitig würden die Altersgruppen zunehmen, der Verkehr nehme zu und entsprechend werde mehr Infrastruktur gebraucht. Hier diskutiere man darüber, dass im Kanton immer weniger Personen lebten und man weniger Dienstleistungen anbieten sollte. Man erkenne, dass sich die Gesellschaft in ihrer Zahl täglich verändere. Entsprechend müssten die Dienstleistungen angepasst werden. Hier müsse keine ideologische Debatte geführt werden, sondern man müsse klären, ob der Kanton noch in der Lage sei, zeitgemässe Dienstleistungen anzubieten. Die Gesellschaft werde älter, aber man spare im Gesundheitswesen. Immer mehr junge Leute müssten eine Ausbildung absolvieren, um konkurrenzfähig zu sein, aber bei der Bildung werde gespart. Der Verkehr nehme laufend zu, aber bei der Infrastruktur werde gespart. So könne die Zukunft eines Kantons nicht aussehen. Schon bei der Einführung der Schuldenbremse habe er darauf hingewiesen, dass diese nicht funktionieren werde.

Damian Hunkeler erwidert Monique Frey, seiner Meinung nach sei die Finanzstrategie nicht gescheitert, im Gegenteil. Der Antrag der CVP, in allen Departementen beim Personalaufwand 5 Prozent zu sparen, sei sehr kurzfristig erfolgt, diese Massnahme könnte bis nächstes Jahr gar nicht umgesetzt werden. Zudem habe jedes Departement seinen Möglichkeiten entsprechend Sparvorschläge gemacht. In der Bildung gebe es die meisten Personalkosten, darum gebe es dort die meisten Einsparungen.

Armin Hartmann findet, bis anhin habe die Einbettung in den nationalen Kontext etwas gefehlt. Insgesamt habe sich die Situation aller Kantone verschlechtert. Die Debatte sei interessant, es schienen alle zu wissen, wer für die aktuelle Lage verantwortlich sei. Die einen suchten die Schuld bei der Regierung, die anderen bei der Steuerstrategie. Die SVP sei der Überzeugung, dass es am zu hohen Aufwandwachstum der letzten paar Jahre liege. Auch dieses Jahr zeige sich ein Aufwandwachstum von 2,3 Prozent. Dies entspreche mehr als doppelt so viel dem schweizweiten Durchschnitt. Die anderen Kantone befänden sich in der gleichen Situation und hätten die gleichen Herausforderungen zu meistern. Der Rat selber habe die wirkungsorientierte Verwaltung (WOV) eingeführt. Gemäss WOV liege die Kompetenz für Sparvorschläge bei der Regierung, der Kantonsrat sei das Budgetorgan und entscheide. Seiner Meinung nach habe die Regierung ihre Verantwortung wahrgenommen. Das Volk habe die Steuergesetzrevisionen angenommen und die Liegenschaftssteuer abgeschafft. Das Volk habe jene Parteien gestärkt, die sich für eine Senkung des Ausgabenwachstums stark gemacht hätten. Entsprechend könne man davon ausgehen, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung hinter den Sparmassnahmen stehen werde. Die Schuldenbremse sei gelockert worden, früher habe man gemäss Finanzleitbild politisiert, wonach der Kanton keine neuen Schulden mehr mache. Das gelte aber schon lange nicht mehr, der Rat habe sich für eine Lockerung eingesetzt. Nochmals zurück zum Volk: Es gebe wohl laute Demonstrationen, bei gutem Hinhören nehme man aber auch die schweigende Mehrheit wahr.

Beat Züsli sagt, Statistiken liessen sich verschieden deuten. Armin Hartmann habe gesagt, das Ausgabenwachstums des Kantons liege deutlich über dem Durchschnitt der anderen Kantone, dabei habe er sich nur gerade auf ein Jahr bezogen. Das Ausgabenwachstum aller Kantone von 2010–2013 habe 9,7 Prozent betragen, beim Kanton Luzern habe es jedoch bei 8,1 Prozent gelegen, also unter dem Durchschnitt. Es sei zudem gesagt worden, dass die Bevölkerung der Steuersenkung zugestimmt habe. Aber auf welcher Grundlage basierend sei dies geschehen? Er glaube, die Bevölkerung hätte der Steuersenkung nicht zugestimmt, wenn sie gewusst hätte, dass der Kanton Luzern nicht nur bei den Unternehmenssteuern schweizweit an der Spitze liegen würde, sondern auch bei den Abgaben oder den Schulgeldern. Er denke, die Bevölkerung würde heute anders entscheiden.

Im Namen des Regierungsrates erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, die Regierung habe ein Budget vorgelegt, das gesetzeskonform sei, aber nicht Schuldenbremse-konform. Es sei eine Tatsache, dass die Einnahmenkurve, aber auch die Ausgabenkurve stiegen, jedoch nicht parallel. Das Ausgabenwachstum werde verschieden beeinflusst, etwa durch Bundesvorgaben, durch Mengengerüste aber auch Wünsche. Die Steigerung der Einnahmen werde im Wesentlichen durch die Schwankungen bei den Steuereinnahmen, Rückgang bei der Konjunktur oder dem NFA beeinflusst. Nicht zu unterschätzen seien auch die durchlaufenden Beträge und die internen Verrechnungen. Es bestehe eine Lücke, die geschlossen werden müsse. Die Regierung habe entsprechende Anstrengungen unternommen. Eine schlechte Finanzlage zeichne sich durch laufend rote Zahlen aus. Damit das nicht wie in den 90er Jahren passiere, spare man und hinterfrage die Ausgaben und Einnahmen. Man habe nicht erst seit der Steuerstrategie zu sparen begonnen. Bereits 1995 habe man im Rat bemerkt, dass gespart werden müsse. Beim Sparen stelle sich sofort die Frage nach der Opfersymmetrie. Was sei damit gemeint? Seien damit das Globalbudget, die Departemente, die Hauptaufgaben oder die beeinflussbaren Kosten gemeint? Das auszugleichen sei schwierig. Die Wirkung solle opfersymmetrisch sein, nicht die Massnahme selber. Er bitte dies bei der Beratung zu bedenken. Die Mehrheit des Rates wolle ein Budget. Der Kanton verfüge über ein Budget von 3,5 Milliarden Franken und somit auch über eine grosse Verantwortung. Ein budgetloser Zustand würde der Bevölkerung und dem Kanton schaden. Man könne über eine Verbesserung der Kommunikation sprechen, das werde die Regierung auch tun. Die Partner bei der Budgetdebatte seien aber in erster Linie die Kommissionen, die PFK und der Rat. Die Regierung versuche alle Fragen in den Fachkommissionen und der PFK zu ausführlich beantworten. Die Kommunikation im Kanton Luzern sei ein Löchersieb, überall würden Gerüchte gestreut. Das gehe nicht, in einer Privatforma würde das nie und nimmer akzeptiert. Die Regierung wolle in erster Linie eine unkontrollierte Budgetdebatte verhindern. Eine kontrollierte Budgetdebatte laufe über die Kommissionen und den Kantonsrat. Wie verhalte sich die Regierung in der Budgetdebatte? Zum AFP seien verschiedene Bemerkungen vom Rat formuliert worden. Die Regierung werde Bemerkungen, mit dem Sinn, sie solle etwas überprüfen, annehmen. Bemerkungen im Sinne direkt etwas auszuführen werde die Regierung ablehnen. Sie handle dabei nach dem Grundsatz, die Handlungsfreiheit zu haben und eine Überprüfung vornehmen zu können. Bei gewissen Punkten werde die Regierung abweichen, er werde dies entsprechend begründen. Beim Budget halte die Regierung grundsätzlich an ihrem Entwurf fest, mögliche Abweichungen werde er begründen. Er komme noch zum Konsolidierungsprogramm 2017. Der Regierungsrat habe an seiner letzten Klausursitzung mit der Beratung des Konsolidierungsprogrammes 2017 begonnen. Man erstelle Module, um damit Massnahmen auf der Aufwand- und der Ertragsseite zu definieren. Noch vor Weihnachten würden diese Module definiert, damit die Einzelaufträge formuliert werden könnten. Die Ansprechgruppen würden entsprechend miteinbezogen, dazu müsse noch ein Kommunikationskonzept verabschiedet werden. Die Regierung arbeite das Konsolidierungsprogramm 2017 aus und es liege eine Motion der PFK für einen Planungsbericht vor. Der Planungsbericht sei der richtige Weg, um dem Rat vor der Sommerpause darlegen zu können, wo aufwand- und ertragsseitig angesetzt werden solle. Der Planungsbericht sollte in der Juni-Session behandelt werden und den Wissenstand von März-April beinhalten. Ein Zwischen-AFP oder gar ein zweites Budget würde diesen Prozess massiv verzögern. Es sei wichtig, das Budget zu verabschieden, die Differenz sei zu klein, um deswegen über kein Budget zu verfügen. Die Kräfte müssten in das Konsolidierungsprogramm 2017 gesteckt werden. Die Schuldenbremse werde dabei auch eine Rolle spielen. Das FLG werde evaluiert und inhaltlich und materiell eine Rolle spielen, laufe aber formell neben dem Konsolidierungspro-

gramm. Man habe darüber diskutiert, ob die Steuergesetzrevision sofort erfolgen sollte. Natürlich könne man die Steuergesetzrevision vorziehen. Vor nicht allzu langer Zeit habe der Rat aber eine umfassende Steuergesetzrevision verlangt. Die umfassende Steuergesetzrevision könne erst erfolgen, wenn die Eckwerte der Unternehmenssteuerreform III bekannt seien. Die Unternehmenssteuerreform III sollte voraussichtlich 2019 allenfalls 2020 in Kraft treten. Die Eckwerte sollten deshalb deutlich früher bekannt sein, der Ständerat debattiere anschliessend darüber. Die Frage nach der finanzpolitischen Strategie sei gefallen. Ja, der Kanton Luzern habe eine finanzpolitische Strategie, diese sei lange in einem Finanzleitbild formuliert worden. Eigentlich sei man sich ja nicht über die Finanzstrategie uneinig, sondern über die Konsequenzen daraus. Eines sei aber sicher, es gelte die Lücke zu schliessen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

An dieser Stelle unterbricht der Rat die Beratung über Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016-2019 und fährt mit der Detailberatung an der Nachmittagssitzung vom 30. November 2015 weiter.